

Die Linke, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

DIE LINKE.

26.10.2020

HAUSHALT

2021

Antrag zum Thema

Externe Untersuchung „Alternative Finanzierungsmöglichkeiten des ÖPNV in Karlsruhe“

▶ Zuordnung im Haushaltsplan				
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt			
▶ 295	▶ 6100			
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition				
▶ 51 5110-610				
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme				
▶				
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen				
Art	2021	2022	2023	2024
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung				
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen				
Sachaufwendungen				
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk				
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung				
▶ davon zahlungswirksam in				
Sonstige Änderungen				
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen				
s. Hinweis - F1-Taste !				

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

▶ Weitere Angaben
bei Leistungen an Zuschussempfänger
▶ bitte Zuschussempfänger eintragen
▶ Sachverhalt Begründung

Der Gemeinderat möge Folgendes beschließen:

1. Die Verwaltung vergibt extern eine wissenschaftliche Studie zu den Möglichkeiten der alternativen Finanzierung des ÖPNV in Karlsruhe abseits der Nutzer*innenfinanzierung. Dabei soll untersucht werden, inwieweit aktuelle und zukünftige Kosten des Karlsruher ÖPNV mithilfe anderer Instrumente, wie dem derzeitigen Ticketverkauf, refinanziert werden können und wie die einzelnen Modelle sowohl hinsichtlich der Umsetzbarkeit und der Finanzen für die Stadt Karlsruhe ausgestaltet werden können.

2. Hierzu sollen insbesondere folgende Finanzierungsinstrumente untersucht werden:

- a. kommunale Nahverkehrsabgabe für Arbeitgeber*innen
- b. einmalige oder wiederkehrende ÖPNV-Erschließungsbeiträge
- c. ÖPNV Grundgebühr (analog zur Grundgebühr für Entsorgungsinfrastrukturen)
- d. Bürger*innenticket
- e. verpflichtendes Jobticket
- f. Kfz-Nahverkehrsabgabe in Form einer regelmäßigen Sonderabgabe für PKW-Halter*innen

Entsprechend notwendige Finanzmittel sollen hierfür von der Verwaltung beziffert und im Haushalt eingestellt werden.

Begründung:

Die Finanzierung des ÖPNV allein durch die Nutzer*innen und Zuschüsse der Stadt stößt bekanntlich an Grenzen, vor allem durch die notwendigen Investitionen in den Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur. Dies haben sowohl der Oberbürgermeister als auch die Finanzbürgermeisterin in ihren Haushaltsreden angemerkt.

Es bestehen derzeit einige denkbare Instrumente zur Drittnutzerfinanzierung für den ÖPNV, deren Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit für Karlsruhe untersucht werden sollen. Viele davon wurden in der Grundlagenuntersuchung „Instrumente zur Drittnutzerfinanzierung für den ÖPNV in Baden-Württemberg“ für das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg untersucht und bewertet. Einige davon sind möglicherweise nach landesrechtlichen Anpassungen für Karlsruhe anwendbar.

Die Zielsetzung der externen Studie sollte hierbei sein, dass die möglichen Finanzierungsinstrumente konkret für Karlsruhe untersucht werden. Dazu gehört auch, dass entsprechende Modelle für Karlsruhe ausgestaltet werden und mögliche, zusätzliche Einnahmen für den Karlsruher ÖPNV eingeschätzt werden können. Bei Veränderungen der Gesetzeslage auf Landesebene z.B. für eine kommunale Nahverkehrsabgabe für Arbeitgeber*innen oder auf Bundesebene könnte die Stadt Karlsruhe mit den dann vorliegenden Informationen aus der Studie sofort entsprechende Instrumente - bei entsprechendem Beschluss des Gemeinderats - in die Praxis umsetzen.

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

Unterszeichnet von:

Lukas Bimmerle

Mathilde Göttel

Karin Binder